



**Niederschrift  
zur 25. Sitzung  
des Ausschusses für Stadtentwicklung  
am 23.05.2023  
um 17:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses der Stadt Emmerich am Rhein  
Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein**

**T a g e s o r d n u n g**

**I. Öffentlich**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.03.2023
- 3 05 - 17 0982/2023 Dorfentwicklungskonzept Praest;  
hier: Beschluss des Konzeptes
- 4 05 - 17 1002/2023 Umsetzungen von Planungen zur Entwicklung und Ansiedlung  
eines Drogeriemarktes auf dem Kasernengelände;  
hier: Antrag an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 5 05 - 17 0999/2023 Bebauungsplanverfahren E 14/1 - Blackweg West -;  
hier: Aufstellungsbeschluss
- 6 05 - 17 0980/2023 Bürgerbus - Neue Buslinie; Anbindung Gesundheitspark;  
hier: Neue Linienführung
- 7 05 - 17 0981/2023 Bürgerbus;  
hier: Entschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder des ge-  
schäftsführenden Vorstands und der Fahrer
- 8 05 - 17 0990/2023 Beschilderung der Toilettenanlagen;  
hier: Eingabe Nr. 2/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am  
Rhein
- 9 05 - 17 0991/2023 Nonnenplatz zum Parkplatz umgestalten;  
hier: Eingabe Nr. 05/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am  
Rhein
- 10 05 - 17 1013/2023 Behandlung und Bewertung verkehrsrechtlicher Fragestellungen;  
hier: Hinweis des Kreises Kleve als kommunale Aufsichtsbehör-  
de
- 11 Mitteilungen und Anfragen

11.  
1 Sachstandsbericht Baumaßnahme Eltener Straße (L7);  
hier: Mitteilung von Herrn Bartel
11.  
2 Beschilderung im Bereich Geistmarkt/Lilienstraße in Hinblick auf  
die Durchfahrt von Krankentransporten;  
hier: Mitteilung von Herrn Bartel
11.  
3 Verkehrssituation im Bereich Hekerenfelder Weg/Schulstraße;  
hier: Mitteilung von Herrn Bartel
11.  
4 Straßenschäden an der Straße An der Fulkskuhle;  
hier: Anfrage von Mitglied Bartels
11.  
5 Sachstand Bebauungsplanverfahren E 25/1 - Steintorgelände -;  
hier: Anfrage von Mitglied Byloos
11.  
6 Sachstand zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe in Bezug mit dem  
Umgang mit der Gestaltungssatzung sowie der Denkmalbe-  
reichssatzung Elten;  
hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen
11.  
7 Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Hüthumer Straße im  
Bereich Hausnummer 230 (ehem. Molkerei);  
hier: Anfrag von Mitglied Peschel
11.  
8 Einrichtung der Straße Neuer Steinweg als Einbahnstraße;  
hier: Anfrage von Mitlled Schoppmann
11.  
9 Sachstand Ortstermin Beeker Straße (L432);  
hier: Anfrage von Mitglied Terhorst
- 12 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Albert Jansen

Mitglieder CDU

Herr Johannes ten Brink

Herr Botho Brouwer

Herr Christoph Byloos

Frau Petra Geerling  
 Frau Gloria Lueb-Verheyen als Vertreterin für Mitglied Slood  
 Herr Dr. Matthias Reintjes  
 Herr Michael Weikamp  
 Herr Sven Westhoff

Mitglieder SPD

Herr Baki Atas  
 Herr Ludger Gerritschen  
 Herr Manfred Mölder als Vertreter für Mitglied Baars  
 Herr Harald Peschel  
 Herr Bernd Schoppmann

Mitglieder GRÜNE

Frau Gabriele Hövelmann

Mitglieder BGE

Herr Steffen Straver  
 Herr Simon Terhorst als Vertreter für Mitglied Leypoldt

Mitglieder FREIE WÄHLER Emmerich

Herr Jörn Bartels  
 Herr Arno Rudolph

Mitglied Fraktionslos

Herr Christoph Kukulies

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze Bürgermeister  
 Herr Dr. Stefan Wachs Erster Beigeordneter  
 Herr Andreas Abels  
 Herr Jens Bartel  
 Herr Tim Terhorst  
 Frau Wiebke van Meegen Schriftführerin

Der Vorsitzende Jansen eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung um 17.00 Uhr.

Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und der örtlichen Presse und Frau Dr. Lelong, die zum Tagesordnungspunkt 3 einen Vortrag halten wird. Er begrüßt ebenfalls den Ortsvorsteher des Ortsteils Praest, Herrn Meyer.

Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde. Zur Tagesordnung werden keine Einwände vorgebracht.

## I. Öffentlich

### 1. **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Anwesenden meldet sich niemand zu Wort.

### 2. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.03.2023**

Zur vorgelegten Niederschrift werden seitens der anwesenden Ausschussmitglieder keine Einwände vorgebracht. Somit wird diese für den Ausschuss vorgelegte Niederschrift gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

### 3. **Dorfentwicklungskonzept Praest; hier: Beschluss des Konzeptes Vorlage: 05 - 17 0982/2023**

Mitglied Terhorst zeigt sich verwundert über den Ablauf. Es sei davon ausgegangen, dass zunächst ein Vortrag durch das beauftragte Planungsbüro gehalten würde und hiernach die Fragen gestellt werden dürften.

Er erkundigt sich zum geplanten Konzept bezüglich der darin vorgesehenen Fahrradstraße parallel zur Bahntrasse. Hierbei möchte er konkret wissen, wie diese z. B. bis in die Innenstadt durchgebunden werden würde. Die Anbindung oder Gestaltung der Fahrradstraße in den Ortsteilen Elten, Vrasselt oder Praest könne er sich vorstellen, jedoch stelle er sich die Anbindung im innerstädtischen Bereich schwierig vor. Er erkundigt sich daher, ob es bereits Pläne und Konzepte für diese Anbindung gäbe.

Vorsitzender Jansen stellt fest, dass es sich bei der Frage von Mitglied Terhorst eher um eine allgemeine Frage zu Planungen von Rad- und Verkehrswegen im Stadtgebiet handle, als auf eine konkrete Frage zum vorliegenden Dorfentwicklungskonzept Praest.

Er schlägt in diesem Zusammenhang vor, zu diesem Thema Frau Pommerin als zuständige Sachbearbeiterin in den Ausschuss einzuladen, sodass diese ein angedachtes Konzept vorstellen könne.

Mitglied Terhorst erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Vorsitzender Jansen stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Tagesordnungspunkt vorliegen. Dr. Reintjes stellt den Antrag nach Vorlage zu beschließen, sodass der Vorsitzende Jansen über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lässt.

Dr. Wachs teilt mit, dass zum Tagesordnungspunkt noch vorgesehen sei einen Vortrag zu halten. Hierbei sollen die Ergebnisse der durchgeführten Veranstal-

tungen zur Entwicklung des Dorfentwicklungskonzeptes durch das Planungsbüro bzw. Frau Dr. Lelong vorgestellt werden. Er erkundigt sich, ob von dieser Vorgehensweise abgewichen werden soll.

Vorsitzender Jansen erklärt, dass der Vortrag noch gehalten werden soll. Er entschuldigt sich für die Vorgehensweise. Er sei davon ausgegangen, dass Frau Dr. Lelong zu einem anderen Tagesordnungspunkt vortragen solle.

Dr. Lelong stellt die Eckpunkte des Dorfentwicklungskonzeptes Praest vor. Der Präsentation zum Vortrag kann im Ratsinformationssystem zu dieser Sitzung abgerufen werden.

Mitglied Dr. Reintjes bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für den Vortrag sowie für das umfangreiche Dorfentwicklungskonzept. Er stellt fest, dass die Beteiligung der Bürger in Praest sehr erfolgreich verlaufen sei. Ebenfalls erklärt er, dass das Konzept jedoch auch umgesetzt werden müsse und verweist in diesem Zusammenhang auf die Haushaltsplanberatungen Ende des Jahres. Entsprechend der erarbeiteten und guten Ergebnisse des Konzeptes könne man diesem zustimmen.

Mitglied ten Brink schließt sich Herrn Dr. Reintjes an und stellt fest, dass das Konzept ausgezeichnet sei. Gleichwohl gibt er zu bedenken, dass die im Konzept vorgestellten Pläne nicht mit den Bauplänen der Deutschen Bahn im Zusammenhang mit der BETUWE übereinstimmen würden. Ein Stichwort sei in diesem Zusammenhang die Verkehrsanbindung Bahn. Hierbei sei allen voran die Anbindung des Ortsplatzes Praest zu benennen. Dieser sei entsprechend der Planungen der Bahn nur über die Eisenbahnüberführung gefahrenlos zu erreichen. Im Bereich Praetsches Feld und Grüne Straße sei durch den Vorhabenträger Bahn nur ein durchgehenden Rad- und Fußweg bis zur L 7 vorgesehen. Die im Rahmen des Dorfentwicklungskonzeptes bessere Lösung der Verkehrsanbindung müsse bei der Bahn im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingefordert werden.

Mitglied ten Brink erkundigt sich in diesem Zusammenhang bei Frau Dr. Lelong, ob diese von der Bahn andere Zusagen für die Verkehrsanbindung des Ortsteils Praest erhalten habe.

Vorsitzender Jansen stellt fest, dass Frau Dr. Lelong bezüglich der von Mitglied ten Brink aufgeworfenen Frage keine Antwort geben kann. Er weist drauf hin, dass diese den Auftrag habe für die Stadt ein Dorfentwicklungskonzept für den Ortsteil Praest zu erstellen. Sie hat im Rahmen der Konzepterstellung entsprechende Dinge eingeplant und hierbei auch darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen mit dem Vorhabenträger Bahn schwierig seien. Er weist ebenfalls nochmals auf den Sachstand bestehenden Planfeststellungsverfahren hin. In Rahmen dieses Verfahrens seien die von Herrn ten Brink benannten Punkte im Wege einer Stellungnahme zur Bezirksregierung bzw. zur Bahn gesandt worden. Diese Stellungnahmen und Einsprüche würden im Rahmen des weiteren Verfahrens berücksichtigt werden. Dementsprechend bestünden zu jetzigen Zeitpunkt keine Handlungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung mehr. Es sei dementsprechend auf den Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahnbundesamtes zu warten.

Mitglied Bartels meldet sich zu Wort. Er teilt mit, dass er an der Bürgerbeteiligung im Planungsprozess ebenfalls teilgenommen habe und feststellen konnte, dass sich die Bürger intensiv und ausführlich im Verfahren beteiligt haben. Er lobt in diesem Zusammenhang die Verwaltung, dass die Bürger so intensiv und ausführlich im Planungsverfahren beteiligt wurden. Er appelliert, dass diese intensive Form der Bürgerbeteiligung für künftige Planverfahren von der Verwaltung beibehalten werde und hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger diese auch so annehmen werden, sodass die Vorschläge und Ideen, wie auch in diesem Konzept, in weiteren Konzepten eingebaut werden können.

Mitglied Kukulies stellt fest, dass die Vorbereitung seitens Planungsbüro und Verwaltung zur Erstellung des Dorfentwicklungskonzeptes hervorragend gewesen sei. Er verdeutlicht nochmals, dass die intensive Beteiligung der Praester Bürgerinnen und Bürger verdeutliche, wie sehr sich diese ein entsprechendes Entwicklungskonzept und dessen Umsetzung wünschen würden. Er bedankt sich bei Mitglied ten Brink nochmals für die Vorbringung der Punkte bezüglich des Planfeststellungsverfahrens, gleichwohl teile er die Argumente des Vorsitzenden, dass seitens Politik und Verwaltung derzeit nichts mehr veranlasst werden könne. Er stellt den Antrag nach Beschlussvorschlag zu beschließen.

Vorsitzender Jansen stellt fest, dass der Beschluss bereits erfolgt ist. Er erkundigt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses, ob jemand nach dem nun gehaltenen Vortrag seinen Beschluss ändern und anders Abstimmen möchte. Durch die Mitglieder des Ausschusses kommt keine dahingehende Rückmeldung.

Vorsitzender Jansen verabschiedet Frau Dr. Lelong.

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt den Endbericht des Dorfentwicklungskonzeptes zur Kenntnis und beschließt das Konzept im Sinne eines Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB).

### **Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

#### **4. Umsetzungen von Planungen zur Entwicklung und Ansiedlung eines Droge- riemarktes auf dem Kasernengelände; hier: Antrag an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein Vorlage: 05 - 17 1002/2023**

Vorsitzender Jansen erkundigt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses, ob gewünscht wird, dass vorgetragen wird. Dies wird bestätigt.

Herr Bartel erläutert die Vorlage. Er stellt die von der Verwaltung gesehen Prob-

leme im Rahmen einer Präsentation vor. Die Präsentation kann im Ratsinformationssystem zu dieser Sitzung abgerufen werden.

Mitglied Dr. Reintjes bedankt sich bei Herrn Bartel für den Sachvortrag der Verwaltung. Er teilt mit, dass man über die Verwaltungsvorlage bzw. den gemeinschaftlichen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BGE ausführlich und intensiv fraktionsintern beraten habe. Als Ergebnis der Beratungen würde man weiterhin dem gemeinschaftlichen Antrag, entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, folgen wollen.

Er begründet dies damit, dass die CDU-Fraktion davon ausgehe, dass im Stadtgebiet Emmerich am Rhein nicht nur Bedarfe für zwei Drogeriemärkte, sondern drei oder mehr bestünden. Er räumt in diesem Zusammenhang ein, dass dies durchaus einen Interpretationsspielraum der Zahlen vorweise. Dennoch gibt er zu bedenken, dass vergleichbar große Städte, auch ohne den Einpendelverkehr aus den Niederlanden, über drei Drogeriemärkte verfügen würden. Ein zweiter wichtiger Punkt sei, dass man durch den neuen Drogeriemarkt auf dem Kasernengelände die Kunden abfischen würde, die aktuell nach Kleve oder in andere Städte zum Einkaufen fahren würden. Dementsprechend würde man durch den neuen Drogeriemarkt auf dem Kasernengelände eher Kaufkraft gewinnen als Kaufkraft zu verlieren oder zu verlagern. Weiterhin würden in der Innenstadt schlichtweg die Räumlichkeiten bzw. Lokalitäten fehlen, um dort einen zweiten Drogeriemarkt zu verstandorten. Man könne in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht darauf warten, dass seine geeignete Lokalität entstünde. Vielmehr müsse man das Interesse eines Investors für einen Drogeriemarkt jetzt nutzen. Man gehe dementsprechend davon aus, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bezirksregierung die Zulässigkeit bzw. Vereinbarkeit des Vorhabens mit den übergeordneten Zielen der Landesplanungen prüfen werde. Er stellt in diesem Zusammenhang den Antrag den fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, SPD und BGE zur Abstimmung zu bringen.

Mitglied Bartels bedankt sich bei Herrn Bartel für den Vortrag. Er teilt mit, dass er sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage anschließen werde. Er führt an, dass für ihn mit den Planungen für den EDEKA-Markt bereits deutlich gewesen sei, dass durch diesen eine dezentrale Sogwirkung zum Kasernengelände hin entstehen würde. Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, welche Geschäfte mit zentrenrelevanter Nahversorgung sich als nächstes auf dem Kasernengelände ansiedeln würden. Für ihn gibt es nicht viele Geschäfte, die ohne Schädigung der Innenstadt auf dem Kasernengelände angesiedelt werden könnten. Er könne sich in diesem Zusammenhang nur einen Getränkemarkt vorstellen. Weiterhin stellt er fest, dass mit dieser Entscheidung der Innenstadt das Potenzial für einen zweiten Drogeriemarkt entzogen werde. Die Zahlen für das Potenzial eines dritten Drogeriemarktes sehe er skeptisch. In seinen Augen sei eher ein zweiter Drogeriemarkt in der Innenstadt zu etablieren. Ebenfalls lasse die vorgesehene Vorgehensweise des gemeinschaftlichen Antrags der Fraktionen CDU, SPD und BGE die möglichen Auswirkungen auf den bestehenden REWE-Markt im Stadtzentrum unberücksichtigt. Weiterhin werde durch diese Vorgehensweise die Schutzziele der Landesplanung zum Schutz und zur Stärkung der Zentren außen vorgelassen. Er verweist in diesem Zusammenhang ebenfalls auf den Antrag zur Überprüfung und Überarbeitung des ISEK, des Einzelhandelskonzeptes und der Gestaltungssatzung für die Innenstadt. Vor diesem Hintergrund

appelliert er an die Mitglieder des Ausschusses sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anzuschließen.

Mitglied Straver weist für die BGE die Anlage 3 der Verwaltungsvorlage als unsachlich und polemisch zurück. Er teilt mit, dass die BGE-Fraktion für den gemeinschaftlichen Antrag von CDU, SPD und BGE stimmen wird.

Mitglied Kukulies bedankt sich für den Wortbeitrag von Herrn Bartels. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass die Planung des Drogeriemarktes auf dem Kasernengelände schädlich für die Innenstadt sei. Er verweist auf den Vortrag von Herrn Bartel und die Bitte der Verwaltung, um einen zweiten Drogeriemarkt für die Innenstadt anwerben zu können. Weiterhin verweist er auf den Wortbeitrag von Herrn Bartel und bittet die Fraktionen mit innovativen Ansätzen sich um die städtebaulichen Probleme in der Innenstadt zu kümmern, anstelle der Planung eines Drogeriemarktes in dezentraler Lage. Er hinterfragt, wer die Finanzierung entsprechender Projekte in dezentraler Lage fördert. Er stellt den Antrag nach Beschlussvorschlag der Verwaltung zu beschließen.

Mitglied Hövelmann teilt mit, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Bedenken der Verwaltung als berechtigt ansieht, wohlwissend, dass sich viele Emmericher einen größeren Drogeriemarkt auf dem Kasernengelände wünschen. Dementsprechend werde die Fraktion den gemeinschaftlichen Antrag von CDU, SPD und BGE ablehnen.

Mitglied Terhorst teilt mit, dass er die Entwicklung des Aldi-Marktes sowie dem EDEKA-Markt auf dem Kasernengelände kritisch gesehen habe. Dementsprechend sehe er auf die Planung eines Drogeriemarktes auf dem Gelände kritisch. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zur Entwicklung des Drogeriemarktes auf dem Kasernengelände, die darauf hindeuten, dass mit der Entwicklung des Marktes auf dem Kasernengelände die Innenstadt weiter ausbluten werde. Dies entspräche den Bedenken der Verwaltung. Weiterhin gehe es nicht um den Konkurrenzkampf zwischen zwei Drogeriemärkten der gleichen Kette. Diese seien unbegründet. Es gehe vielmehr um das abgefischte Kaufpotenzial für die restlichen Geschäfte in der Innenstadt oder den Ortsteil Elten. Natürlich ziehe man durch den Einreiseverkehr mehr Kaufkraft ins Stadtgebiet. Dennoch habe er Zweifel, dass diese Kaufkraft dazu führe die Innenstadt wieder besser aufzustellen und zu entwickeln. Die sei nach seiner Einschätzung nicht der Fall, weswegen er sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen werde.

Vorsitzender Jansen lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 15 Enthaltungen 1

Anschließend wird über den gemeinschaftlichen Antrag von CDU, SPD und BGE abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beauftragt die Verwaltung, kurzfristig alle notwendigen Schritte zur Umsetzung der vorgelegten Planungen zur Entwicklung eines Drogeriemarktes am ehem. Kasernengelände einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 4 Enthaltungen 1

**5. Bebauungsplanverfahren E 14/1 - Blackweg West -;  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 05 - 17 0999/2023**

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag nach Vorlage zu beschließen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB für einen Bereich zwischen der Bahnstrecke Arnheim-Oberhausen, dem Blackweg, der Reeser Straße und der Weseler Straße einen Bebauungsplan zur Entwicklung eines Gewerbegebietes aufzustellen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt im beschleunigtem Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB.

Das Bebauungsplanverfahren erhält die Bezeichnung E 14/1 -Blackweg West-

Das künftige Plangebiet ist in der Planunterlage mit einer gestrichelten Linie gekennzeichnet (siehe Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

**6. Bürgerbus - Neue Buslinie; Anbindung Gesundheitspark;  
hier: Neue Linienführung  
Vorlage: 05 - 17 0980/2023**

Es gibt keine Wordmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

**Kenntnisnahme(kein Beschluss)**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Vorgehensweise zur Kenntnis.

**7. Bürgerbus;  
hier: Entschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und der Fahrer  
Vorlage: 05 - 17 0981/2023**

Mitglied Bartels erkundigt sich, ob die Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht sinnhafter im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten wäre, da es sich um eine finanzstrategische Maßnahme handelt. Grundsätzlich wäre der Sachverhalt jedoch zu befürworten.

Vorsitzender Jansen und die Vertreter der Verwaltung stimmen sich dahingehend an, den Tagesordnungspunkt ebenfalls dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen, sodass der Ausschuss für Stadtentwicklung nur eine Empfehlung aussprache.

Vorsitzender Jansen lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt einer Erhöhung von 3000,00 € des Haushaltsansatzes für den Bürgerbus, Produkt 12.02.01, Sachkonto 53170000 für das Haushaltsjahr 2023 zu. Die Mehraufwendungen könnten im Rahmen flexiblen Mittelbewirtschaftung gedeckt werden.

**Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

**8. Beschilderung der Toilettenanlagen;  
hier: Eingabe Nr. 2/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein  
Vorlage: 05 - 17 0990/2023**

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Straver erkundigt sich bei der Verwaltung, ob es sich bei der Beschilderung in der Vorlage um die neuen Hinweisschilder handelt, die bereits auf dem Alten Markt aufgestellt worden seien.

Herr Bartel erläutert, dass die Toilettenanlagen ebenfalls auf den neu foliierten Hinweisstelen, wie sie bereits im neuen Design auf dem Alten Markt aufgestellt worden seien, ausgewiesen werden. Der an die Verwaltung gestellte Antrag greife jedoch weiter und sehe die weitere Aufstellung von Hinweisbeschilderung für die Toilettenanlagen mit deren Entfernung vom Standpunkt vor. Die Verwaltung schlage in diesem Zusammenhang vor diese Beschilderung partiell zu ergänzen, überall wo entsprechende Schwerpunktstellen sind, um so nicht den gesamten

Verkehrsraum mit Hinweisschildern zu stellen.

Mitglied Straver erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob ebenfalls vorgesehen sei, die Hinweisschilder so zu gestalten, dass diese auch darauf hinweisen, dass die entsprechenden Toilettenanlagen behinderten gerecht seien.

Herr Bartel teilt mit, dass die Verwaltung dies prüfen werde.

Vorsitzender Jansen lässt über den Antrag von Mitglied Dr. Reintjes abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Beschilderung der Toilettenanlage durch die Verwaltung prüfen zu lassen und ggf. weitere Hinweisschilder anzubringen.

**Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

**9. Nonnenplatz zum Parkplatz umgestalten;  
hier: Eingabe Nr. 05/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein  
Vorlage: 05 - 17 0991/2023**

Vorsitzender Jansen lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Zukunft des Nonnenplatzes in der Fortschreibung des ISEK 2025 zu untersuchen.

**Abstimmungsergebnis**

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

**10. Behandlung und Bewertung verkehrsrechtlicher Fragestellungen;  
hier: Hinweis des Kreises Kleve als kommunale Aufsichtsbehörde  
Vorlage: 05 - 17 1013/2023**

Vorsitzender Jansen erläutert den Zweck der vorliegenden Vorlage.

Herr Bartel erläutert den Inhalt der Vorlage.

Mitglied Bartels teilt mit, dass der Hinweis der Kreisverwaltung hilfreich sei. Dennoch sei ihm in Emmerich kein Sachverhalt bekannt, bei der man von der vom

Kreis auf skizzierten Vorgehensweise abgewichen wäre. Insbesondere da die Verwaltung das Vorgehen immer rechtlich zu einhundert Prozent prüfe.

Vorsitzender Jansen erläutert, dass das die Vorlage nur zur Klärung dienen, wenn die Mitglieder des Ausschusses wegen gewissen Entscheidungen angesprochen werden würden, warum manche verkehrsrechtlichen Regelungen nicht getroffenen werden würden, die in Augen der Bürgerinnen und Bürger sinnhaft erscheinen würden z. B. die Einrichtung von Zebrastreifen.

Mitglied Bartels stellt klar, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung nicht dafür bekannt sei schnell Zebrastreifen oder sonstige Verkehrsschilder anzuordnen.

## **11. Mitteilungen und Anfragen**

### **11.1. Sachstandsbericht Baumaßnahme Eltener Straße (L7); hier: Mitteilung von Herrn Bartel**

Herr Bartel erläutert den Fortgang der Baumaßnahme. Hierbei teilt er mit, dass der gegenwärtige Bauabschnitt voraussichtlich zum 05.06.2023 fertiggestellt werde. Mit der Fertigstellung dieses Bauabschnitts soll auch die Einbahnstraßenregelung aufgehoben und durch eine Regelung mit einer Ampelanlage ersetzt werden. Dementsprechend könne der Verkehr die Straße wieder in beide Richtungen passieren.

Weiterhin werde in diesem Zusammenhang der 6. Bauabschnitt fortgesetzt. Im Rahmen dieses Bauabschnitts werde u.a. der Kreuzungsbereich zum Zubringer B220 bearbeitet werden, sodass im Rahmen der Baumaßnahme weiterhin mit Behinderungen oder auch Rückstaus zu rechnen sei.

Vorsitzender Jansen erläutert in diesem Zusammenhang nochmals den Hintergrund, warum im Kreuzungsbereich Zubringer B220/L7 eine Ampelanlage errichtet werde anstelle eines Kreisverkehrs. Letzter sei durch den Straßenbaulastträger abgelehnt worden.

### **11.2. Beschilderung im Bereich Geistmarkt/Lilienstraße in Hinblick auf die Durchfahrt von Krankentransporten; hier: Mitteilung von Herrn Bartel**

Herr Bartel beantwortet die Anfrage von Mitglied Kaisers. Er teilt mit, dass der Bereich zwischen Geistmarkt und Burgstraße bis zur Lilienstraße von Anliegern befahren werden kann. Dieser Bereich kann durch Krankentransporte ebenso befahren werden. Die Einfahrt in die Burgstraße sei jedoch gesperrt. Krankentransporte können diese Straße jedoch bei Sonderrechtsfahrten befahren und so den kürzesten Weg zum Krankenaus nehmen.

### **11.3. Verkehrssituation im Bereich Hekerenfelder Weg/Schulstraße; hier: Mitteilung von Herrn Bartel**

Herr Bartel teilt mit, dass die Verwaltung mit dem Betreiber der Buslinie, sprich der NIAG gesprochen habe. Diese habe mitgeteilt, dass für den Betrieb der Bus-

linie keine Probleme in diesem Bereich bestehen würden. Die Verwaltung habe sich den Sachverhalt ebenfalls angesehen. Hierbei habe man festgestellt, dass der Busverkehr nach rechts abbiegen würde, während der Transporter links abgestellt würde, sodass dieser den Busverkehr nicht behindern dürfte. Trotzdem dürfe kein Fahrzeug im Kreuzungsbereich abgestellt werden. Dies würde durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ruhenden Verkehrs geprüft und ggf. gehandelt werden.

Mitglied Geerling stellt fest, dass der Busverkehr nicht nur aus der Schulstraße kommen würde, sondern dieser auch vom Hekerenfelder Weg aus in die Schulstraße rein erfolge. Sie beschreibt eine von ihr in diesem Zusammenhang erlebte Situation. Sie führt aus, dass die Polizei die Geschwindigkeit in der letzten Zeit dreimal kontrolliert habe. Weiterhin führt sie aus, dass der ruhende Verkehr, für den Stadt zuständig sei, ein Problem sei. Hierbei würden Anwohner, obwohl diese Platz auf ihren Einfahrten hätten, Fahrzeuge im öffentlichen Raum abstellen.

Vorsitzender Jansen weist darauf hin, dass das Parken auf der Straße erlaubt sei und dementsprechend keine gesetzliche Grundlage bestünde die Autos von der Straße zu entfernen. Er macht Hoffnung, dass sich der Verkehr auf dieser Straße wieder beruhigen werde, mit dem Fortgang der Baustelle auf der L7.

**11.4. Straßenschäden an der Straße An der Fulkskuhle;  
hier: Anfrage von Mitglied Bartels**

Mitglied Bartels stellt fest, dass sich die städtische Straße An der Fulkskuhle in einem schlechten baulichen Zustand befindet. Diese sei im Rahmen der Haushaltsplanung für einen Straßenneu- bzw. -ausbau erst im Jahr 2026 vorgesehen. Er möchte wissen, ob es möglich wäre die Straße nicht vorziehen könne.

Herr Bartel erklärt, dass die Verwaltung diesen baulichen Zustand ebenfalls festgestellt habe. Die Straße werde dementsprechend ins Straßen- und Wegekonzept bzgl. einer Sanierung aufgenommen.

**11.5. Sachstand Bebauungsplanverfahren E 25/1 - Steintorgelände -;  
hier: Anfrage von Mitglied Byloos**

Mitglied Byloos erkundigt sich nach dem Sachstand des Bebauungsplanverfahrens E 25/1 – Steintorgelände -.

Herr Bartel teilt mit, dass das Bebauungsplanverfahren derzeit ruhe, da es derzeit keine Entwicklungen hinsichtlich des Grundstückseigentümers gibt, in welche Richtung dieser sich entwickeln möchte mit dem Vorhaben.

**11.6. Sachstand zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe in Bezug mit dem Umgang mit der Gestaltungssatzung sowie der Denkmalbereichssatzung Elten;  
hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen**

Mitglied Gerritschen erkundigt sich bei der Verwaltung, wann mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe für den Umgang mit der Denkmalbereichssatzung bzw. der Gestaltungssatzung für den Ortsteil Elten zu rechnen sei.

Vorsitzender Jansen erläutert, dass der Ortsteil Elten im Rahmen der Gestaltungssatzung Elten in mehrere Zonen eingeteilt worden sei. In einer Zone sei bereits gegenwärtig die Aufbringung von Photovoltaikanlagen zulässig und auch durch die Verwaltung bereits genehmigt worden.

Im Rahmen des weiteren Verfahrens sei geplant mit einem Moderator und den Fraktionen an einen Tisch zu kommen. Vorsitzender Jansen teilt mit, dass diese Arbeitsgruppe voraussichtlich nach der Sitzungspause im Sommer durch die Verwaltung einberufen werde. Weiterhin erläutert er, dass für das Stadtgebiet Emmerich ein neuer Gebietsreferent, Herr Dipl.-Ing. Krapp, zuständig sei und sich dieser noch in der Einarbeitung befände. Dieser werde ebenfalls miteinbezogen.

Mitglied Bartels erkundigt sich ergänzend, ob wie dargelegt im Rahmen von Einzelfallentscheidungen im Bereich der Denkmalsbereichssatzungen Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen genehmigen könnten.

Herr Bartel erläutert, dass dies für die Denkmalsbereichssatzung so gelte, jedoch die derzeit geltende Gestaltungssatzung dem zu widerspreche. Dementsprechend möchte man diese Problematik gemeinschaftlich mit einem Moderator aufschlüsseln, klären und erläutern.

**11.7. Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Hüthumer Straße im Bereich Hausnummer 230 (ehem. Molkerei); hier: Anfrag von Mitglied Peschel**

Mitglied Peschel erkundigt sich bei der Verwaltung, ob Möglichkeiten bestehen würden die Verkehrssituation im Bereich Hüthumer Straße (Hausnummer 230, ehem. Molkerei) zu verändern. Dort sei derzeit die Geschwindigkeit Tempo 70 erlaubt, gleichwohl würden die Straße in diesem Bereich derzeit viele Kinder passieren.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

**11.8. Einrichtung der Straße Neuer Steinweg als Einbahnstraße; hier: Anfrage von Mitglied Schoppmann**

Mitglied Schoppmann erkundigt sich bei der Verwaltung, in wie weit die Möglichkeit bestehe, die städtische Straße Neuer Steinweg als Einbahnstraße auszuweisen. Er begründet dies mit der neuen Verkehrssituation mit der Eröffnung des Einkaufszentrums auf dem Neumarkt.

Herr Bartel erläutert, dass die Verwaltung diese Überlegung ebenfalls geprüft habe. Hierbei kam die Prüfung zu dem Ergebnis, dass viele Punkte gegen die Ausweisung der Einbahnstraße sprechen. Hierzu zähle u.a der Anlieferverkehr für die ansässigen Geschäfte. Weiterhin würden die Erfahrungswerte der Verkehrsplanung dafürsprechen, dass man in einer ungeordneten Situation als Verkehrsteilnehmer vorsichtiger agiere, als im Bereich einer Einbahnstraße. Weiterhin beabsichtigte die Verwaltung die Gehbereich der Fußgänger in diesem Be-

reich im Sommer rot zu markieren, um auszuweisen, dass es sich um einen geschützten Bereich des Fußgängers handelt. Weiterhin werde die Verwaltung die Situation vor Ort beobachten und im Zweifel geeignete Maßnahmen ergreifen.

**11.9. Sachstand Ortstermin Beeker Straße (L432);  
hier: Anfrage von Mitglied Terhorst**

Mitglied Terhorst erkundigt sich nach dem Sachstand des geplanten Ortstermins Beeker Straße (L432).

Vorsitzender Jansen teilt in diesem Zusammenhang mit, dass das Verkehrszeichen Tempo-30, von Elten auskommend, zeitnah angebracht werde, sodass in beide Verkehrsrichtungen künftig die Geschwindigkeitsbegrenzung 30 gelte. Auf diese Beschilderungssituation hätten sich Polizei, Verwaltung und Straßen NRW im Rahmen eines Ortstermins verständigt. Ein erneuter Ortstermin kann somit entfallen.

**12. Einwohnerfragestunde**

Es ist kein Einwohner anwesend.

Der Vorsitzende Jansen schließt die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung um 18.31 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 22. Juni 2023

Albert Jansen  
Vorsitzender

Wiebke van Meegen  
stellv. Schriftführerin